

Alpenkultur ist mehr als Alpenschutz

Die Alpenkonvention setzt sich für eine grenzüberschreitende, nachhaltige Nutzung des Alpenraums ein. Was anderswo auf der Welt als Vorbild gilt, stösst in der Schweiz auf Bedenken.

Von **Dominik Siegrist**

Alphorn und Schwyzerörgeli, rätomanisches Literaturschaffen und alpine Mehrsprachigkeit, mit Sgraffiti geschmückte Engadiner Häuser und Walliser Speicher – das sind Dinge, die viele mit der alpinen Kultur verbinden. Doch hinter dem Thema Bevölkerung und Kultur in den Alpen steckt mehr. Wie anderswo bestehen auch die Alpen heute aus einer zum grossen Teil städtischen Bevölkerung, und das alpine Kulturräusl gehört längst zur Freizeitkulisse. Wer sich also für die moderne Kultur der Alpen interessiert, muss sich zwangsläufig auch mit der städtischen Lebensweise auseinandersetzen.

Morgen Dienstag lädt der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin seine sieben Ministerkollegen aus den anderen Alpenländern (Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, Schweiz und Slowenien) zur achten Alpenkonferenz nach Garmisch-Partenkirchen in Bayern ein. Dort werden die Minister unter anderem über das Thema Bevölkerung und Kultur in den Alpen sprechen. Die alle zwei Jahre einberufene Alpenkonferenz ist das oberste Gremium der 1991 von den acht Alpenländern und der EU unterzeichneten Alpenkonvention, des wichtigsten Vertrags über die Zusammenarbeit unter den Alpenstaaten. Der Vertrag setzt sich für den Schutz des sensiblen Ökosystems und für eine nachhaltige Entwicklung dieses grössten Gebirgsraums in Westeuropa ein.

Unter dem Dach der Alpenkonvention sind mehrere wegweisende Projekte entstanden. Im Gemeindeförderungszentrum in den Alpen haben sich rund 190 Gemeinden zusammengefunden. Ziele dieser internationalen Zusammenarbeit sind der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Unterstützung bei der Erarbeitung von zukunftsorientierten Entwicklungsprojekten. Im bündnerischen Albulatal entsteht gegenwärtig ein regionaler Naturpark mit neuen touristischen Angeboten. Und im Rheintal arbeiten unter dem Namen «Mikronetz» Gemeinden aus Voralp, Liechtenstein und der Schweiz zusammen, um einige ihrer Probleme mit vereinten Kräften anzugehen. So wurde kürzlich ein gemeinsames Projekt zur Schulwegsicherung abgeschlossen.

An der Alpenkonferenz werden die Weichen gestellt, ob die Alpenstaaten das in der Alpenkon-



«Wir achten streng darauf, dass nicht höher gebaut wird, als die Kirche ist.»

vention vorgesehene Durchführungsprotokoll Bevölkerung und Kultur tatsächlich wollen oder ob man sich mit einer weniger verbindlichen politischen Deklaration begnügen will. Geben die Minister grünes Licht, bietet ein neues Kulturprotokoll die Chance, dem in letzter Zeit stagnierenden Alpenprozess zu neuem Elan zu verhelfen. Auf dieser Basis ist es zum Beispiel möglich, die Bevölkerung stärker in die Umsetzung der Alpenkonvention miteinzubeziehen. Zum Beispiel mit Projekten für Kinder und Jugendliche, aber auch für die älteren Einwohnerinnen und Einwohner. Für die Politik wäre das nicht zuletzt eine Gelegenheit, die Alpenkonvention von ihrem negativen Schutzimage zu befreien.

Während die Parlamente Österreichs, Deutschlands, Sloweniens und Liechtensteins die Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention ohne nennenswerte Gegnerschaft genehmigten, stellt die Ratifizierung in der Schweiz immer noch ein ungelöstes Politikum dar. Im September hat der Nationalrat nach langen Diskussionen zum wiederholten Mal beschlossen, nichts zu beschliessen. Die Verwaltung soll abklären, welche Auswirkungen die Alpenkonvention auf unser Land habe, insbesondere im Zusammenhang mit der gegenwärtig umstrittenen bundesrätlichen Vorlage einer neuen Regionalpolitik. Die Furcht vor fremden Vögten scheint sich da auf unheilvolle Weise mit Bedenken gegenüber neuen Schutzbestrebungen zu vermischen.

Der Hauptgrund dafür, dass die Alpenkonvention in der Schweiz auf die lange Bank geschoben wird, ist allerdings ein anderer. Die grossen Wirtschaftsparteien FDP und SVP sind auf Deregulierungskurs getrimmt, weshalb für viele ihrer Exponenten ein Vertrag, der nach zusätzlicher Regulation riecht, ganz und gar nicht in die helvetische Landschaft passt. Dies offenbar auch dann nicht, wenn es wie im vorliegenden Fall um die

Zukunft eines der letzten grossen Ausgleichsräume geht. Die Alpen weisen nämlich nicht nur wesentliche Erholungsfunktionen auf, sondern sind auch unser wichtigstes Reservoir für frisches Trinkwasser und gesunde Luft sowie Rückzugsraum für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

Im Gegensatz zur Schweiz ist die Alpenkonvention in anderen Bergregionen der Welt unterdessen zu einem Modell geworden. Mit dem internationalen Vertrag wird aufgezeigt, wie Bergregionen ihre Probleme verantwortungsvoll und mit vereinten Kräften angehen können. Mehrere osteuropäische Länder unterzeichneten kürzlich die Karpaten-Konvention. In Kirgisien, Kasachstan und Tadschikistan wird nach dem Vorbild der Alpen ein zentralasiatisches Gemeindeförderungszentrum aufgebaut. Und auch die Kaukasusstaaten verhandeln ein vergleichbares Vertragswerk. Da wundert man sich, dass der Alpenkonvention der Durchbruch gerade bei uns nicht gelingen will.

In fast allen politischen Lagern ist unbestritten, dass die Alpenkonvention kaum grosse Auswirkungen auf die Gesetzgebung haben wird. Vielmehr schafft sie die Basis für eine alpenweite Zusammenarbeit und für grenzüberschreitende Strategien im Alpenraum, zum Beispiel zu Gunsten eines nachhaltigen Tourismus oder der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Diese Ausgangslage müsste dem Umweltministerium Schweiz eigentlich nur zum Vorteil gereichen, weshalb einer Ratifizierung der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention nichts im Wege stehen sollte. Und vielleicht beweisen die Umweltminister in Garmisch ja tatsächlich Mut und beschliessen ein neues Kulturprotokoll. Ein solcher Schritt würde den Alpenkonventionsprozess dynamisieren und wäre ein wichtiger Beitrag für eine alpenverträgliche Zukunft – und zwar von Stadt und Land.

Unter dem Dach der Alpenkonvention sind wegweisende Projekte entstanden.

Dominik Siegrist ist seit September 2004 neuer Präsident der Internationalen Alpenschutzkommission Cipa. Die Cipa ist der alpenweite Dachverband von über 100 Alpin- und Umweltorganisationen mit rund 5 Millionen Mitgliedern. Die Geschäftsstelle der Cipa liegt in Schaan im Fürstentum Liechtenstein.



PRESEESTIMMEN

Die Palästinenser nach Arafats Tod

Frankfurt, 14. November

Arafats Erben benötigen nun eine demokratische Legitimation. In freien Wahlen werden sie sich dem palästinensischen Volk zu stellen haben. (...)

Frankfurter Allgemeine

Mit der Befragung des Volkes wird zudem ein Generationswechsel eingeleitet – und so wäre sie nicht zuletzt ein Signal an die arabische Welt. In keinem arabischen Land war in den vergangenen Jahren eine solche Machtübergabe demokratisch legitimiert worden. Nicht in den Monarchien Jordanien und Marokko, nicht in der Erbrepublik Syrien. Da die Araber wie gebannt auf ihre palästinensischen Brüder blicken, könnten sie freie und faire Wahlen dort zum Nachahmen animieren.

Oslo, 14. November

Bei seinem Besuch in Washington wollte Blair vor allem erreichen, dass Bush den Druck auf Israel und die Palästinenser im Hinblick auf eine Friedenslösung verstärkt. Ohne Fortschritte in dieser Region wird die westliche Politik in der gesamten muslimischen Welt untergraben – und damit auch der Kampf gegen den internationalen Terror. Bush steht ebenso wie Blair beim Thema Nahost in der Verantwortung. Bedeutsam ist, dass Blair dabei seine Rolle als Europäer betont und nicht nur als Partner von Bush.

Zürich, 14. November

Wenn die neue Mannschaft dem Terror eine unterschiedene Absage erteilen und entsprechend handeln würde, dann wäre Israels Ministerpräsident Sharon zum Handeln gezwungen. Dieser sucht seinen Platz in der Geschichte noch. Yassir Arafat hat ihn bereits gefunden.

NZZ am Sonntag